Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2018)

Heft: 2: Grenzwertig

Rubrik: Energie aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Energie aktuell

> Alpiq: Von der Vergangenheit eingeholt

fn. Ende März hat die Alpiq den Verkauf von Alpiq InTec und der Kraftanlagen-Gruppe an einen französischen Baukonzern bekannt gegeben. Der 850-Millionen-Deal ist die Konsequenz der Alpiq-Firmenpolitik in der Vergangenheit. Nachdem der Verkauf der Schweizer Wasserkraft nicht gelungen ist, hat nun der letzte rentable Teil des Konzerns, das Industriegeschäft, einen Abnehmer gefunden. Die hohe Verschuldung ruft nach Geld. Ein Verkauf der AKW hat sich schon lange als unmöglich herausgestellt: 2016 wollte die Alpiq ihre Beteiligungen verschenken. Niemand war interessiert. Alpiq-CEO Jasmin Staiblin hat an der SES-Fachtagung 2017 gesagt, die Strombranche habe die Atomkraft verherrlicht, die Erneuerbaren unterschätzt und sei zu selbstbewusst aufgetreten. Diese Fehler rächen sich jetzt.

> Kein Abbau bei der AKW-Sicherheit

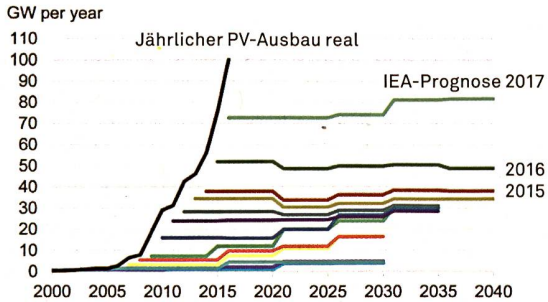
vs. Am 17. April ist die Vernehmlassungsfrist zur Teilrevision der Kernenergieverordnung und weiteren Verordnungen abgelaufen. Greenpeace Schweiz, TRAS und die SES lehnen die Revision ab. In ihren Sellungnahmen kritisieren sie, dass der Bundesrat unter dem Deckmantel einer Korrektur von angeblich «unklar formulierten Bestimmungen» eine massive Abschwächung der Anforderungen an die nukleare Sicherheit plant. Einem Aufruf an ihre Mitglieder sind über 9300 Privatpersonen gefolgt und haben ihrerseits eine kritische Stellungnahme beim BFE eingereicht. Etliche Kantone äussern sich ebenfalls kritisch zu den Vorschlägen. Dazu gehören nebst Zürich, Bern, Basel-Stadt, Waadt, Freiburg und Tessin auch eher konservative Stände wie Appenzell Innerrhoden oder Schwyz.

> Der günstigste Strom ist solar

fn. 2017 wurde weltweit mehr solare Leistung installiert als Kohle-, Gas- und Atomkraft zusammen. Der Anteil erneuerbare Energien (ohne Grosswasserkraft) liegt damit bei 12,1 %. Dass die Zukunft bei den erneuerbaren Energien liegt, zeigen auch die Ergebnisse einer Studie des Fraunhofer-Instituts für solare Energiesysteme ISE von März: Photovoltaik und Wind an Land sind die günstigsten Technologien in Deutschland.

«Ab 2030 fallen die Stromgestehungskosten für PV-Anlagen unter 4,7 €Cent/kWh für Aufdachanlagen bzw. 2,41 €Cent/kWh für Freiflächenanlagen», schreibt ISE in einer Mitteilung. Derweil werden die Kosten für fossile Kraftwerke steigen – von Atomkraftwerken ist schon gar keine Rede mehr. Die wenigen europäischen Neubauprojekte kämpfen alle mit massiven Kostenüberschreitungen und Verzögerungen.

> IEA: Politik mit Prognosen



Quelle: IEA World Energy Outlook

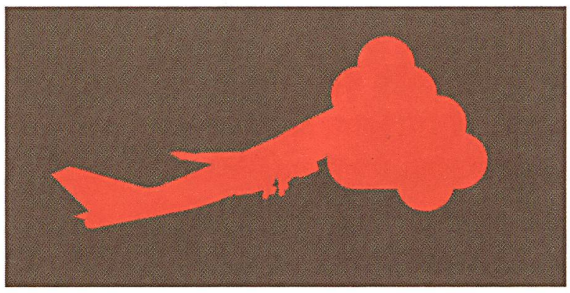
fn. Die Szenarien und Prognosen im World Energy Outlook der internationalen Energie-Agentur (IEA) beeinflussen die Energiepolitik der Regierungen in aller Welt. Vorhersagen sind naturgemäss nicht immer richtig, aber in einer Disziplin versagt die IEA traditionell: Die Solarenergie wird massiv unterschätzt. Die IEA macht jedes Jahr eine extrem konservative Prognose, die dann im nächsten Jahr deutlich überholt ist. Die Prognostiker ignorieren das exponentielle Wachstum.

Auch im New Policy Scenario ist die IEA zu pessimistisch: Die Menge Öl und Gas, die verbraucht werden dürfe, ist nicht mit dem 2-Grad-Ziel von Paris vereinbar. Das Szenario würde zu einer Erderwärmung von 2,7 bis 3,3°C führen. Damit werden Regierungen zu energiepolitischen Entscheidungen verleitet, die das Klimaabkommen verletzen.

> Luzern macht den nächsten Schritt

vs. Der Kanton Luzern treibt die konkrete Ausgestaltung der Energiewende voran. Mit einem neuen Energiegesetz sollen die Treibhausgasemissionen und der Energieverbrauch im Gebäudesektor gesenkt und die Nutzung von einheimischen erneuerbaren Energien gefördert werden. Das macht Sinn, denn der Gebäudebereich verbraucht in der Schweiz fast 50 % der Gesamtenergie und verursacht rund 40 % der Treibhausgase. Konkret setzt das Energiegesetz Anreize für die Erzeugung von eigenem erneuerbarem Strom und den Ersatz fossiler Heizungen. Zudem dürfen keine neuen Elektroheizungen mehr eingebaut werden. Da eine einzige, hier nicht namentlich genannte politische Partei erfolgreich das Referendum ergriffen hat, stimmt die Luzerner Bevölkerung am 10. Juni darüber ab.

> Umweltabgabe auf Flugreisen



fb. Sowohl die Schweiz als auch Schweden verzeichnen eine stark erhöhte Zahl von Flugreisen. Reisende, die von einem schwedischen Flughafen starten, müssen neu eine Umweltabgabe bezahlen. Damit sollen die negativen Klimafolgen des Flugverkehrs minimiert werden. In der Schweiz ist der Luftverkehr für 18 % des menschengemachten Klimaeffekts verantwortlich. Dennoch profitiert er von ungerechtfertigten Privilegien. Kerosin ist von der CO_2-Abgabe und der Mineralölsteuer befreit, auf Flüge wird keine Mehrwertsteuer erhoben und im Gegensatz zu ihren Nachbarländern erhebt die Schweiz auch keine Flugticketabgabe. Will die Schweiz die Pariser Klimaziele erreichen, muss sie ihre Verkehrs- und Klimapolitik zwingend anpassen und die Flugverkehrs-Emissionen miteinbeziehen.

> Erneuerbare Stromproduktion ist spitze

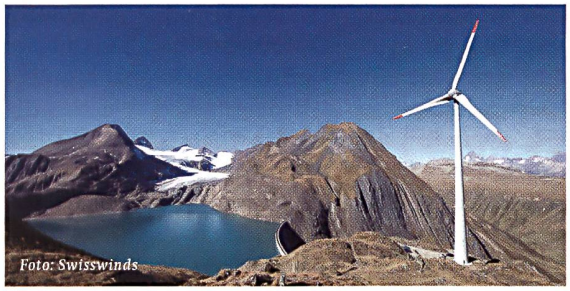


Foto: Swisswinds

fn. Die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften SATW hat der ETH Zürich den Auftrag gegeben, die Gesamtenergiebilanz der Stromproduktion zu analysieren. Fazit: In den letzten Dekaden konnten Photovoltaik und Windkraft ihre Bilanz signifikant verbessern und wurden so zur tragfähigen Option für die Schweiz.
«Der Ausstieg aus der Kernenergie hat das Potenzial, die Gesamtenergiebilanz und damit die Nachhaltigkeit der Stromproduktion in der Schweiz zu verbessern und nicht umgekehrt, wie bisweilen postuliert», hält die SATW fest. «Staatliche Förderprogramme wie die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) [waren] wichtige Impulsgeber für Innovationen im Energiesektor. Sie schaffen Anreize für die Installation entsprechender Kapazitäten, was die technologische Entwicklung [...] beschleunigt.»

> Saudis wollen AKW – und meinen Bombe

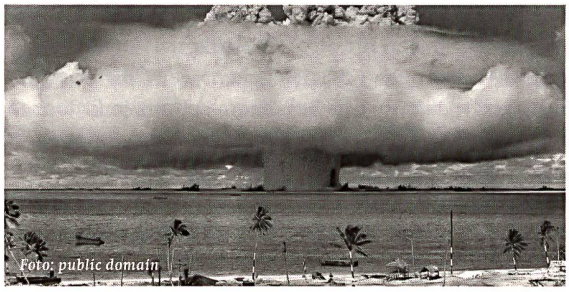


Foto: public domain

ne. Saudi Arabien gab jüngst bekannt, 16 Atomkraftwerke bauen zu wollen. Der Treiber dafür ist jedoch nicht in der Diversifizierung der Energieproduktion zu suchen, sondern ist geopolitischer Natur: Der saudische Erzrivale Iran weitet seinen Einfluss im Nahen Osten immer mehr aus. Trotz internationaler Abkommen besitzt das Mullah-Regime bereits viele Bausteine zum Bau einer Atombombe.

Am besten entgegnen können die Saudis dieser wachsenden Bedrohung mit einer eigenen Bombe. Der beste Fingerzeig für dieses Ziel ist, dass für den Bau der AKW wohl Russland und nicht die mit den Saudis verbündeten USA beauftrag wird: Der Export von US-Reaktoren ist gesetzlich so eingeschränkt, dass die Käufer damit kein Uran anreichern können – die Hauptzutat der Bombe.